



**„SIE WOLLEN NICHT NUR LEBEN RETTEN, SONDERN MENSCHEN
NACH MITTELEUROPA BRINGEN“**

Ösi-Kanzler Kurz schießt sich auf private Seenotrettung ein

Von PLUTO | Die meisten der 28 Staats- und Regierungschefs in Europa lassen sich trotz gegenteiliger Ziele nach wie vor von den privaten Seenotrettern im Mittelmeer auf der Nase herumtanzen. Jetzt platzte dem amtierenden EU-Ratsvorsitzendem Sebastian Kurz (ÖVP) der Kragen. Der österreichische Bundeskanzler griff die im Mittelmeer operierenden Nichtregierungsorganisationen massiv an und schrieb damit gleichzeitig den laschen europäischen Kollegen heftige Kritik ins Stammbuch.

Kurz warf den privaten Seenotrettern in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vor, Migranten in die Mitte Europas bringen zu wollen, [berichtet die WELT](#). „Es kann doch nicht sein, dass ein paar Nichtregierungsorganisationen das klare Ziel der 28 Staats- und Regierungschefs in Europa konterkarieren. Und das nicht nur mit dem Ziel, Leben zu retten, sondern gemeinsam mit den Schleppern Menschen nach Mitteleuropa zu bringen“, sagte Kurz.

Der österreichische Kanzler liegt mit seiner Kritik praktisch

auf der Linie der AfD. Was sich alle deutschen Parteien im Bundestag – außer der AfD – nicht trauen zu sagen, dazu sprach Kurz Klartext. Er nannte insbesondere das Schiff „Aquarius 2“, das von „Ärzte ohne Grenzen“ und „SOS Mediterranee“ betrieben wird. Es dürfe nicht passieren, dass solche Schiffe ständig versuchten, in die libysche Seenotrettungszone bzw. in ihre Nähe zu fahren, um der libyschen Küstenwache zuvorzukommen.

Tatsächlich operieren die selbsternannten Seenotretter [inzwischen sogar aus der Luft](#). Kleinflugzeuge von Hilfsorganisationen kreisen in Absprache mit ihnen über den betroffenen Seegebieten und melden etwaige „Schiffbrüchige“ per Funk an die NGOs weiter.

Die Jagd nach den Geflüchteten – zuletzt befanden sich zunehmend Wohlhabende an Bord – [PI-NEWS berichtete](#), schafft nach Ansicht von Kurz absurde Rechtssituationen. Solche komplexen Rechtsfragen stellten sich erst gar nicht, wenn nicht europäische Schiffe retten, sondern libysche oder ägyptische.

Die NGOs versuchen nach Kräften, die Stilllegungsmaßnahmen für NGO-Schiffe des italienischen Innenministers Matteo Salvini zu unterlaufen. Großspenden wie die [50.000 Euro Kirchensteuermittel des Münchener Kardinals Reinhard Marx](#) sollen darüber hinaus zuhause positive Stimmung schaffen für ein fragwürdiges Samaritertum. Wie fragwürdig, zeigt das Beispiel der „Aquarius 2“, die in der von Libyen ausgewiesenen Seenotrettungszone Personen aufnahmen. Eine Übergabe an die libysche Küstenwache lehnte die Besatzung laut WELT mit der Begründung ab, dass Schiffbrüchige zu einem „sicheren Hafen“ gebracht werden müssten. In der [Charta der Organisationen](#), die die Aquarius betreiben, ist aber verankert, dass die Geflüchteten ausschließlich nach Europa verschafft werden sollen.

Eine [klare Haltung zum Schlepperunwesen](#) im Mittelmeer hat die AfD im Bundestag. Der Obmann der AfD im Auswärtigen Ausschuss

des Bundestages, Petr Bystron, erklärt, dass einige Schlepperbanden ihr Personal aus Deutschland rekrutierten und aktiv von Politikern der Grünen und Linken unterstützt würden. Mit dieser Unterstützung für kriminelle Menschenschleuser setzen sich die Vertreter dieser beiden Parteien zum wiederholten Mal über geltendes Recht hinweg und unterstützen ganz offen das illegale Einschleusen von Ausländern nach §96 Aufenthaltsgesetz.

Die Schleuserbanden handelten eindeutig rechtswidrig, gefährdeten Menschenleben, verstärkten die Migrationsströme und hätten vor allem finanzielle Motive. Die Schlepper-Vereine erhalten nach Angaben der AfD nachweislich Hunderttausende Euro Spenden für Ihre Arbeit. (2017: SOS Mediterranée: ca. 4 Millionen €; Sea-Watch: 1.773.310,10 €; Sea-Eye: ca. 500.000 €; Mission Lifeline: ca. 248.000 €).

Um sicherzustellen, dass alle Beteiligten zur Rechenschaft gezogen würden, hat die AfD-Fraktion des Bundestages bereits im Sommer Strafanzeige gegen alle Beteiligten Schlepper aus Deutschland gestellt.

Angezeigt wegen Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz und weiterer Delikte wurden die Verantwortlichen des Vereins Mission Lifeline e.V. Klaus-Peter Reisch, Axel Steier, Sascha Pietsch und Hermine Poschmann.

Des Weiteren werden Prof. Dr. Tilman Mischkowsky vom Sea-Eye e.V., Jakob Berndt von SOS Mediterranee Deutschland e.V., Harald Höppner vom Sea-Watch e.V., Florian Westphal (Ärzte ohne Grenzen e.V.), Susanna Krüger vom Save The Children Deutschland e.V. und Julian Pahlke vom Jugend rettet e.V. juristisch belangt werden.“